

Dresdner Volkszeitung

Postfach Nr. 1268
Baden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verwaltung:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsl. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verkaufspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einsendungen 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kopfreilze 30 Pf., die 90 mm breite Reklamereile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Reisegehe 40 Proz. Rabatt. Für Dreifachverlegung 10 Pf.

Nr. 142

Dresden, Montag den 22. Juni 1925

36. Jahrg.

Griechische Wirren

Von Hermann Wendel

Die Griechen sind eines jener christlichen Balkanvölker, deren wirtschaftliches und geistiges Leben ein halbes Jahrtausend lang durch die Türkenherrschaft niedergedrückt und ausgedörnt wurde. Als sie vor hundert Jahren das osmanische Joch abwarfen, begleitete der Jubel des gesamten europäischen Liberalismus ihre Erhebung, und was im vorwärtigen deutschen Bürgertum an Freiheitsdrang lebte, verzehrte sich durch das Ventil des Wohlwollens; Wilhelm Müllers „Griechenlieder“ waren in Vermummung ein Sang wider die deutschen Tyrannen. In späteren Jahrzehnten aber hielt es die „weltpolitisch“ gewordene, gefäßigte deutsche Bourgeoisie nicht mehr mit den Unterdrückten, sondern mit den Unterdrückern, nicht mehr mit den Opfern, sondern mit den Senkern, nicht mehr mit den Hellenen, sondern mit den Osmanen; zum Zeichen des kam die Meinung auf, daß der Türke nach Bismarcks Wort „der einzige Gentleman des Orients“ und der Grieche ein „schmutziger, raffgieriger, betrügerischer Krämer“ sei. Auch das ist eines der gehässigen Vorurteile, deren Ausrottung zum geistigen Wiederaufbau Europas gehört; ein deutscher Archäologe, Georg Karo, Universitätsprofessor in Halle, legte während des Balkankrieges Zeugnis ab, daß er „in einer langjährigen Erfahrung in Griechenland ebenso viel Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit gefunden habe wie in Deutschland“.

Schlimmer noch als die spießbürgerliche Boreingenommenheit der Deutschen sprang die imperialistische Selbstsucht anderer Völker mit den Griechen um. Namentlich die britische Politik hatte sich dieses seefahrende Mittelmeerolt als Korn genommen, und da Griechenlands Küste der englischen Flotte eine einzige offene Hand war zur Blockade so zum Bombardement bot, war Athen widerstandslos den Londoner Forderungen und Erpressungen ausgeliefert. Auf einen Wink von England mußte Griechenland 1878 wie 1885 den Kampf um Befreiung seiner Volksgenossen in Mazedonien und Thrazien unterlassen; als es 1897 ohne Willkür eines Großflautes löschte, blieb es, von der türkischen Uebermacht besiegt, in der Passivität, und nachdem es 1912 die Vereinigung mit Thessalien, Epirus und Aetia durch eigene Kraft im Bunde mit den Balkanstaaten erreicht hatte, bekam es im Weltkrieg eine besondere Probe imperialistischer Politik zu kosten.

Da die Entente Saloniki als Operationsbasis brauchte und das Dardanellenabenteuer gern mit billigen griechischen Divisionen besetzen hätte, verurteilte sie das Königreich Konstantin als Feind und zückte die Fackel der Intervention. Als das nicht verfiel, griffen die Herren in London und Paris zur Weisheit und schlugen zu dem Vied von der Selbstbestimmung der kleinen Völker die Begleitung auf den Rücken der Griechen. Durch Gewalt kamen sie zur Erfüllung ihrer Wünsche. Das feine Konstantin, ein unerbittlicher Vandal, gehörte seit 1917 zu den Alliierten und nahm im Herbst 1918 an der entscheidenden Balkanoffensive teil. Da er sich als Diktator eines Siegerstaates fühlte, streckte Venizelos seine Hand nach Konstantinopel und Kleinasien aus, wurde Anfang 1919 mit der Vollstreckung des Gesamtwillens der Entente in Anatolien beauftragt, ließ Smyrna besetzen und erhielt die Zusicherung, daß aus dem Hinterland dieser großen Handelsstadt ein autonomer griechischer Staat gebildet werde. Als das griechische Meer in Europa Adria, Ionien und Kleinasien einnahm, glaubten die Athener, die Chornisten in der Vorhalle des neuzyonitischen Reiches zu stehen, das seit langem ein Traum der Kaiserreichen war; auch Lloyd George befreudete sich mit dem Gedanken eines solchen Reiches, das als englischer Vasallenstaat im östlichen Mittelmeer die Londoner Interessen zu wahren hätte, und rief trotz dem schon erheblichen militärischen Widerstand der Angora-Türken zur Durchführung der kriegerischen Pläne. Jetzt spielte sich in Anatolien ein Stück widerwärtiger imperialistischer Komödie ab, da die Griechen als britisches Monarchentum ins Feuer gepöchtelt wurden, und der französische Imperialismus mit den Türken unter einer Decke hakte. Das von den Türken aufs Haupt geschlagene Griechenland aber, das nichts mehr zu nützen vermochte, wurde in London wie ein Scherenschnitt behandelt; ein zur Entlastung der kleinasiatischen Truppen im Juni 1922 unternehmener Vormarsch gegen Konstantinopel ließ auf französisch-italienische Abteilungen unter einem englischen General, und mit eingetretener Gleichgültigkeit in den Hängen lichen die britischen Staatsmänner zu, wie im gleichen Herbst die Seite der hellenischen Armee bei Smyrna von Kemal Pascha ins Meer geworfen wurden. Damit lösten sich alle Hoffnungen auf Neu-Panaz in Nichts auf. Im Frieden zu Lausanne büßte Griechenland auch Thrazien ein; auf Italiens Verwendung wurde Nordepirus entgegen den Vorstellungen des Vertrages von Sèvres zu Albanien geteilt; aus Kleinasien vertrieben die Türken die dort anwesenden Griechen zu Hunderttausenden, und schließlich wurde auch der östliche Patriarch, als orthodoxer Kopf der christlichen Exponent hellenischer Entfaltung, aus Konstantinopel ausgewiesen. So unglücklich die Bündnisverhandlungen mit Belgrad wegen der übertriebenen Ansprüche Slobodanovich auf ein lates Meis geraten sind, steht Athen ganz allein auf

weiter Flur, in gesamttem Verhältnis zu allen Nachbarn und einzig auf den Völkerbund hoffend.

Der Ablauf der äußeren Ereignisse prägte sich in der inneren Politik aus. Bis zu den Balkankriegen war Griechenland etwas über sechzigtausend Quadratkilometer groß und zählte rund zwei Millionen Einwohner; dann verdoppelte sich Flächenraum und Bevölkerung. Schon durch seine Küstengestaltung auf Seefahrt und Handel angewiesen, ist Hellas nicht in dem Maße Agrarstaat wie die andern Balkanländer; höchstens zwei Drittel des Volkes ernähren sich von dem mit unwichtigen Arbeitsmitteln betriebenen Ackerbau. Aber auch die Industrie, obwohl die der andern südosteuropäischen Länder überflügelt und vornehmlich auf dem Felde der Seiden-, Baumwoll- und Tabakerzeugung bedeutend, drückt durch Kohlenmangel gehemmt, mit ihren etwa 40 000 Arbeitern dem Lande keineswegs den Stempel auf. Von der langsamen wirtschaftlichen Entwicklung sind denn die sozialen Gegensätze noch zu unklar, als daß sie sich ohne weiteres in Parteigruppierungen umsetzen. Wie in allen ökonomisch zurückgebliebenen Ländern halborientalischen Charakters scharen sich Parteien hinter einzelne Persönlichkeiten von Macht und Einfluß, nach deren Namen sie sich mehr unterscheiden als nach ihrem Programm, denn die Grundstimmung des Volkes ist wie auch bei den Balkanstaaten ein sehr selbstsüchtiges demokratisches Bewußtsein. Aber bezeichnend für Griechenland ist die tief eingedrungene Politisierung des Offizierkorps, dessen Muterei schon 1909 der Staatsleitung seinen Willen aufzulegen und Venizelos an die Spitze der politischen Geschäfte emportrug. Wieder waren es Offiziere unter Admiral Runderiotis und General

Danglis, die im September 1916 durch einen Putsch die zur Kriegshilfe für die Entente bereite Revolutionsregierung Venizelos ausriefen, und da im Spätherbst 1920 der „große Kreter“ eine Wahlniederlage erlitt und eine Volksabstimmung den König Konstantin zurückholte, kürzte zwei Jahre später nach dem Zusammenbruch in Kleinasien eine Militärrevolte unter den Obersten Plastiras und Gonatos das Regime, verjagte den König und stellte die für das anatolische Abenteuer verantwortlichen Minister auf den Sandhaufen. Als Kampf zweier Militärparteien spielte sich jetzt auch der Kampf zwischen Republik und Monarchie ab; General Pangalos mit seinem Anhang war für unverzügliche Entthronung der seinerzeit aus Dänemark importierten Dynastie, während General Danglis mit den Seinen sich für Erhaltung der Monarchie einsetzte. Als aber im Oktober 1923 ein royalistischer Militärputsch die Revolutionsregierung bedrohte, erzwang Pangalos durch einen Griff an den Säbelforb, daß mit der Republik Ernst gemacht wurde. Im Dezember trat eine konstituierende Nationalversammlung mit republikanischer Mehrheit zusammen, und am 25. März 1924 beschloßen zwei Drittel dieses Parlaments, 283 Abgeordnete, die Abweisung des Hauses Glucksburg und die Errichtung der Republik Hellas, und am 13. April bestätigte ein Plebiszit mit 758 000 gegen 325 000 Stimmen diesen Entschluß. Admiral Runderiotis wurde provisorischer Präsident.

Aber innerlich zur Ruhe gekommen ist das Land seitdem nicht. Die Finanzen sind zerrüttet, da Griechenland unter einer Staatsschuldenslast von 33 Milliarden Papierdrachmen, fast dreimal so viel als 1912, töhnt. Die Handels- und Zahlungsbilanz ist wofür, da 1924 der Wert der Einfuhr 7965, der der Ausfuhr nur 3470 Millionen Drachmen betrug. Die Bauern leiden nach einer vorübergehenden Blütezeit unter dem schleppenden Fortgang der Agrarreform und der Kreditnot. Den Arbeitern wird die Geld- und Wirtschaftskrise täglich fühlbarer; das Jahr begann mit einer Aus-

Das gewichtige Wort Englands

S. London, 20. Juni. (Sig. Draht.) Da Chamberlain entschlossen ist, den Sicherheitspakt unter keinen Umständen ohne die Zustimmung der Oppositionsparteien abzuschließen, betrachtet man die für Mittwoch erwartete Unterhandlung als für das Schicksal des Paktes besonders bedeutend. Diermer erzählt der Korrespondent des Soc. Pressdienstes folgende: Innerhalb der Labour-Fraktion sind die Meinungen über den Pakt geteilt. Die Minorität ist prinzipiell gegen den Pakt und wird dies durch ihren Sprecher am Mittwoch zum Ausdruck bringen. Die Majorität wird durch MacDonald und Henderson erklären lassen, daß sie die Aufgabe der Debatte darin erblickt, zunächst Aufklärung über verschiedene Unklarheiten in der französischen Note, insbesondere in den Paragraphen 2 und 4 zu erlangen. Sie will die Regierung mit der Forderung vertraut machen, auf welche die Arbeiterschaft nicht verzichten kann, daß sich keinerlei militärische Abmachungen zwischen französischen und englischen Generälen an den Pakt anknüpfen dürfen, bzw. falls ähnliche Abmachungen getroffen werden, diese in gleicher Weise mit Deutschland abzuschließen sind, und die Regierung verpflichtet ist, das Parlament hierin in Kenntnis zu setzen. Ferner wird die Arbeiterschaft die Notwendigkeit der allgemeinen Entwaffnung als wesentliche Voraussetzung der im Rahmen der Gleichberechtigung zu treffenden Abmachungen betonen.

Französische Warnung vor Moskau

P. Paris, 20. Juni. (Sig. Draht.) Zu den Verhandlungen über den Garantiepakt schreibt der offizielle Temps: Man braucht die Ansätze der deutsch-nationalen Presse nicht allzu tragisch zu nehmen. Es handelte sich dabei offenbar um einen Versuch, eine Prellong auf die deutsche Regierung auszuüben. Der Reichskanzler Dr. Luthner sei beträchtlich klüger gewesen, als er in Düsseldorf erklärt habe, daß die deutsche Regierung die französische Antwort mit der ganzen Aufmerksamkeit prüfen werde, auf die ein Dokument von so großer Tragweite Anspruch machen könne. Dr. Luthner gab sich offenbar in vollem Umfang davon Rechenschaft, was Deutschland zu verlieren haben würde, wenn es die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen auf sich nehmen würde. Im übrigen scheint es, als ob außer den Deutsch-nationalen auch die Regierung von Moskau die deutsche Regierung an dem Abschluß eines Weispalles zu verhindern suche, da man in Russland offenbar den Versuch sehe, Russland völlig zu isolieren. Man werde aber wohl annehmen dürfen, daß Deutschland sich über den Wert der Zusammenarbeit mit Russland keinen Illusionen mehr hingebt, und daß es deshalb nicht länger sögen, nach welcher Seite es sich politisch orientieren wolle.

Die Handelsvertragsverhandlungen auf des Messers Schneide

P. Paris, 20. Juni. (Sig. Draht.) In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen erwartet man, nachdem es in Zugewinn zu einer Einigung zwischen den Schwerindustriellen der beiden Länder gekommen ist, für nächsten Montag die definitive Entscheidung. Die beiden Delegationen werden an diesem Tage zu einer neuen Plenarsitzung zusammenkommen, um zu versuchen, das in Aussicht genommene Protokoll endgültig festzulegen. Ob das gelingen wird, darüber gehen die Auffassungen der unterrichteten Kreise stark auseinander. Tatsache ist jedenfalls, daß bei einer großen Anzahl von Tarifpositionen die beiderseitigen Zugewinne noch beträchtlich voneinander entfernt sind und daß es große Ungelegenheiten von beiden Seiten bedarf, um die noch vorhandenen Differenzen innerhalb weniger Tage zu überbrücken. Tatsache ist andererseits, daß wenn es nicht noch in der ersten Hälfte der nächsten Woche zu einer definitiven

Verständigung kommen sollte, nicht mehr darauf gerechnet werden kann, daß das französische Parlament die betreffenden Abmachungen noch vor dem Beginn der Ferien ratifizieren wird, und daß in diesem Fall die Verhandlungen der beiden Delegationen auf später vertagt werden müssen.

Labieren der sozialistischen Fraktion

P. Paris, 20. Juni. (Sig. Draht.) Für die Haltung der sozialistischen Fraktion, die in der gestrigen Sitzung der Kammer im Gegensatz zu ihrer Stellungnahme vom vergangenen Dienstag mit Ausnahme von zwei Mitgliedern für die von der Regierung beantragte Vertagung der kommunistischen Interpellation gestimmt hat, gibt man in den Partiekreisen die Erklärung, daß das von Leon Blum geltend gemachte Argument bestimmend gewesen sei, daß, solange kein endgültiger Beschluß zustande gekommen sei, die Fraktion mit Rücksicht auf die übrigen Parteigruppen moralisch verpflichtet sei, die Politik der Unterstützung fortzusetzen.

Stinnes und die Erbschaftsteuer

Im Steuerauschuß des Reichstages hat Genosse Dery am Samstag bei der Debatte über die Reichsreform im Falle Stinnes, wo die Erbschaft jetzt doch absehbar gelehrt werde. Bekanntlich hat Stinnes, um die Erbschaftsteuer zu sparen, sein Vermögen nicht seinen Söhnen, sondern seiner Frau vermacht. Pappe aber seien sich doch die Söhne darin, Staatssekretär erklärt, daß er, selbst wenn er könnte, keine detaillierten Angaben geben dürfe, da das Steuergeheimnis auch für die Regierung gelte. Die Ermittlungen im Falle Stinnes seien eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen worden. Wahrscheinlich seien auch die Verträge über die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen in Betracht kommenden Persönlichkeiten noch nicht bis zum Abschluß gekommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der sich für die Besteuerung auch des Gattenerbes einsetzt, wurde abgelehnt.

Die verschleppte Ehreung

Vor vielen Wochen hat die Berliner Stadterordnetenversammlung einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, die Budapeststraße vom Potsdamer Platz bis zum Brandenburger Tor in Friedrich-Ebert-Straße umzubenennen. Dieser Beschluß rief die schwierigsten diplomatischen Schwierigkeiten hervor. Gegen ihn wurde von der ungarischen Regierung Protest erhoben, weil die Budapeststraße seinerzeit zu Beginn des Krieges zu Ehren der ungarischen Bundesgenossen so benannt worden sei, und Budapest selber zum Austausch einen Platz in seinem Zentrum in Berliner Platz umgetauft habe. Der Berliner Magistrat kam diesen Wünschen der ungarischen Regierung dadurch entgegen, daß er einen Teil der Kurfürstendamms in Budapeststraße umzutauschen vorschlug, womit sich die ungarische Regierung beruhigte. Die Umbenennung selber bedarf aber der Zustimmung des Polizeipräsidenten, das in diesem Falle die Genehmigung des Innenministeriums einholen zu müssen erklärt, weil es sich nicht um eine Umbenennung, sondern um eine Umwidmung handele. In Verfolg dieses schwierigen Zuständigkeitskonfliktes hat jetzt das preussische Kabinett sich mit der Haupt- und Staatsaktion zu befassen und wird in seiner Sitzung am Dienstag darüber Beschluß fassen, ob die Ehreung des verschleppten Reichspräsidenten sich mit dem Wöble des Statues vereinbaren läßt. Offenlich macht das Kabinett endlich dem beschämenden Schauspiel ein Ende, daß ein selbsterfindlicher Akt der Ehrengleichung Ebels monatlang von Keinen Bureaukraten verschleppt wird. Deutschland gereicht dieses Verfahren in den Augen der ganzen Welt höher nicht zur Ehre.